

Angriffskrieg der USA gegen den Irak

Der Krieg und die Wahrheit

Die USA wollen mit kriegerischer Gewalt einen Regierungswechsel im Irak erzwingen. Angeblich stellt der irakische Diktator Saddam Hussein eine Bedrohung für die USA und die ganze Welt dar. Auch die bedingungslose Rückkehr der Waffeninspektoren reicht der US-Regierung nicht. John Bolton, Staatssekretär für Rüstungskontrolle und internationale Sicherheit im US-Außenministerium, stellt die Ziele der US-Regierung klar: „Unsere Politik (...) drängt auf einen Regimewechsel in Bagdad und diese Politik wird nicht geändert werden, ob Inspektoren hingehen oder nicht.“

Angeblich verfügt der Irak über Massenvernichtungsmittel. Dafür gibt es allerdings keine Beweise. Scott Ritter, ehemaliger Chef der UNO-Waffeninspektoren, bestreitet, dass der Irak über Massenvernichtungswaffen verfügt. „Der Irak stellt keine Gefahr für die USA oder die Welt dar“, betont Ritter. Als Beweis für die Aggressivität Husseins werden vom amerikanischen Präsidenten George W. Bush vor allem der irakische Angriff auf den Iran im Jahre 1980 sowie die Besetzung Kuwaits zitiert. Tatsächlich setzte der Irak Chemiewaffen gegen den Iran ein und ließ 5000 irakische Kurden vergasen. Aber hat die US-Regierung etwa damals zum Kampf gegen den „blutrünstigen Tyrannen“ Saddam Hussein aufgerufen?

„Wie die amerikanische Presse jüngst bestätigte, versorgte eine Gruppe von rund 60 US-Offizieren den irakischen Generalstab vielmehr mit „detaillierten Informationen über die Aufstellung der iranischen Streitkräfte“ und erörterte Schlachtpläne mit den irakischen Militärs. Als die Berater von Gaseinsätzen erfuhren, hatten sie nichts dagegen einzuwenden, angeblich, so liest man in der *New York Times* vom 18. August, „weil sie dachten, der Irak kämpfe um sein Überleben.“ (*Le Monde diplomatique*, Ausgabe September. Die Anwendung von Massenvernichtungsmitteln geschah demnach mit Unterstützung der USA!

Dem Irak drohte keine Vergeltung. Die irakischen Angriffe wurden noch nicht einmal kritisiert. Die US-Regierung billigte vielmehr kurz nach der Vergasung der Kurden einen Vertrag über eine Milliarde Dollar für den Bau einer Chemiefabrik und genehmigte den Export von Virus-kulturen in den Irak!

George Bush sen. unterzeichnete im Januar 1989 eine Erklärung, die von amerikanischen Wirtschaftsinteressen geprägt war: „Normale Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Irak dienen unseren langfristigen Interessen und tragen zur Stabilität in der Golfregion und im Nahen Osten bei. Wir müssen dem Irak Anreize bieten, sein Verhalten zu mäßigen, und unseren Einfluss auf das Land stärken.“

In dieser Zeit exportierten amerikanische Firmen mit Zustimmung des US-Außenministeriums Material zur Herstellung bakteriologischer Waffen, wie man in einem Bericht des US-Senats nachlesen kann (William Blum, „What the *New York Times* left out“, Znet Commentary, 20. August 2002). Unterstützung für seine Rüstungsanstrengungen fand der Irak auch in Deutschland und Frankreich.

Es gibt bislang auch keinen einzigen Beweis für die Behauptung des amerikanischen Präsidenten Bush, der Irak würde Terroristen unterstützen. Er hält einen „Präventivschlag“ für gerechtfertigt, weil nur so Angriffe von Terroristen, die über Massenvernichtungswaffen verfügen, verhindert werden könnten. Nicht einmal US-Geheimdienste halten die Behauptung für vertretbar, wie in der *International Herald Tribune* zu lesen war: „Die CIA hat keine Beweise, dass der Irak innerhalb fast eines Jahrzehntes in terroristische Operationen gegen die USA verwickelt war und die Spionageagentur ist ebenfalls davon überzeugt, dass Hussein

keine chemischen oder biologischen Waffen an Al-Qaida oder ähnliche terroristische Gruppen geliefert hat.“

Rolf Ekeus, der von 1991 bis 1997 die UN-Inspektion im Irak leitete, enthüllte in der *Financial Times* vom 30. Juli 2002, dass die Vereinigten Staaten die Inspektoren nicht nur für Spionagezwecke missbrauchten, sondern sie auch „unter Druck setzte, Aufträge auszuführen, die auf den Widerstand der irakischen Seite treffen mussten, um die Situation auf diese Weise zu blockieren und eine Rechtfertigung für eine direkte Militäraktion zu schaffen.“

Im Dezember 1998 beschloss die US-Regierung ohne UN-Zustimmung, den Irak zu bombardieren. Das Land wurde einem mörderischen Wirtschaftsembargo unterworfen. Seitdem hungern weite Teile der Bevölkerung, Medikamente fehlen und viele tausend Menschen, insbesondere Kinder, mussten sterben.

Es bedarf keiner weiteren Beweise mehr für die Feststellung: die Außenpolitik der USA ist menschenverachtend und ausschließlich den Profitinteressen der Konzerne unterstellt. Die herrschende US-Administration will nicht begreifen, dass es für die Probleme unserer Zeit keine militärischen Lösungen gibt. Ex-Präsident Jimmy Carter sieht einen Wandel der USA und schreibt dazu in der angesehenen Tageszeitung *The Washington Post*: „Die Politik der Vereinigten Staaten erlebt gegenwärtig fundamentale Veränderungen – in der Frage der Menschenrechte, in unserer Rolle gegenüber den anderen Nationen dieser Welt und im Friedensprozess des Nahen Ostens. All das passiert ohne Debatten – außer, bisweilen, innerhalb der Administration. Nach der Tragödie des 11. September musste der Präsident reagieren, und er hat das zunächst auch schnell und vernünftig getan. Aber mittlerweile versucht eine Gruppe von Konservativen, lang gehegte Ambitionen unter dem Deckmantel des Krieges gegen den Terrorismus zu verfolgen.“

In dieser Gruppe von Konservativen stecken mit Sicherheit auch die Waffenproduzenten. Der Militärhaushalt der amerikanischen Regierung ist bereits gewaltig erhöht worden. Ein Krieg gegen den Irak könnte noch mal 100 bis 200 Milliarden kosten. Die europäische Rüstungsindustrie beklagt seit längerem die ihrer Ansicht nach zu geringen Militärausgaben. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) mit seinem Vorsitzenden Michael Rogowski an der Spitze fordert ebenfalls leichteren Waffenexport. Panzer, Raketen und abscheuliches Vernichtungsmaterial zum massenhaften Töten von unschuldigen Menschen sind für die Herren des Kapitals ein sehr profitables Geschäft.

Zahlreiche Äußerungen des US-Präsidenten George W. Bush haben unmissverständlich klar gemacht, dass die USA eigenmächtig über Krieg und Frieden, diesmal im Nahen Osten, entscheiden, obwohl die Risiken einer politischen Destabilisierung der ganzen Region und ihre möglichen Folgen unkalkulierbar sind. Zu befürchten ist u.a., dass sich die Kluft zwischen der muslimischen Welt und den reichen Industrieländern weiter erheblich vertieft.

Der UN-Sicherheitsrat und das international verbindliche Völkerrecht haben für die Regierung der USA offensichtlich nur wenig Bedeutung. Mit einer unerträglichen Arroganz und Selbstüberschätzung wird postuliert: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns! Als ob sich die UN und sämtliche Nationen nur noch nach amerikanischen Interessen auszurichten hätten. So stellt sich die Frage: Wollen die Menschen in Zukunft in einer Welt leben, in der das mächtigste Land der Erde allein über Krieg und Frieden entscheidet?

Franz Kersjes (September 2002)

Buchempfehlung:

Scott Ritter: „Krieg gegen den Irak – Was die Bush-Regierung verschweigt“
Kiepenheuer & Witsch, 2002, 254 Seiten, 6,90 Euro